

**Geschäftsführung
Stabsstelle Bürgerbeteiligung
und Bürgerengagement**

Es informiert Sie	Nina Kotissek
Telefon	0202 563 6138
E-Mail	nina.kotissek@stadt.wuppertal.de
Datum	12.07.2021

Niederschrift über die Sitzung des Beirats Bürgerbeteiligung am 23. Juni 2021

Anwesend sind:

Vertreterinnen und Vertreter der offenen Plätze

Claus Baermann, Eva Bößert

Vertreterinnen und Vertreter von Wuppertaler Institutionen und Gruppen

Zehra Bulut (Forum der Migrant*innenvereine), Felix Diers (Wuppertaler Jugendrat), Michael Ludwig (Bezirks- und Bürgervereine), Georgia Manfredi (Beirat der Menschen mit Behinderungen), Lukas Meier (Quartierbüros), Ann-Cathrin Reinbothe (Utopiastadt), Jörg Werbeck (Naturschutzbeirat)

Vertreterinnen und Vertreter der Politik

Johannes van Bebber (SPD-Fraktion), Meili Borowski (Fraktion Die Linke), Denise Frings (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Elias Tiemann (FDP-Fraktion)

Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung

Rüdiger Bleck (Geschäftsbereich 3), Roswitha Bocklage (Geschäftsbereich 0), Achim Köhler (Geschäftsbereich 4), Bärbel Mittelman (Geschäftsbereich 2.1), Siegmund Otto (Geschäftsbereich 2.2), Hannelore Reichl (Geschäftsbereich 1)

Geschäftsführung (Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement der Stadt Wuppertal)

Nina Kotissek (Sitzungsleitung)

Isabelle Paul (Schriftführung)

Clara Utsch

Beginn: 18.03

Ende: 20.40

1 Begrüßung und Vorstellung neuer Kollegin

Nina Kotissek begrüßt die Teilnehmenden und eröffnet Sitzung. Seit dem 1. Juni ist das Team der Bürgerbeteiligung mit der neuen Kollegin Isabelle Paul wieder vollzählig.

2 Digitalisierungsstrategie der Stadt Wuppertal

Gast: Daniel Heymann, Amtsleitung Informationstechnik und Digitalisierung

Das Thema steht aufgrund des Wunsches eines Beiratsmitglieds auf der Tagesordnung. Herr Heymann berichtet:

Im Jahr 2018 wurde die Digitalisierungsstrategie 2023 veröffentlicht (siehe <https://www.wuppertal.de/microsite/digitalisierung/projekte/digitalisierungsstrategie-digital-2023.php>). Ziel war die Digitalisierung der internen Prozesse der Stadtverwaltung bspw. durch digitale Akten. Nach der Halbzeit, im Jahr 2021, sollte eine Fortschreibung durchgeführt werden. Diese findet nun statt und läuft unter dem Namen „digiTal 2026“.

Die Corona-Pandemie hat enorme Auswirkungen auf die Verwaltungsmodernisierung. So wurden elektronische Akten schneller eingeführt und die Digitalisierung der Eingangspost konnte frühzeitig erfolgen.

Parallel läuft der Prozess „SmartCity“, der die Digitalisierungsstrategie der Stadt außerhalb der Verwaltung betrifft. Um einen möglichst umfangreichen SmartCity-Prozess für die Stadt Wuppertal gewährleisten zu können, hat sich die Stadt beim Bundesministerium des Inneren um ein Förderprogramm von 26 Millionen Euro beworben. Sollte die Stadt die Fördergelder erhalten (das steht im Herbst fest), kann am 1.1.2022 mit der Wuppertaler SmartCity-Strategie begonnen werden. Auch ohne Fördergelder wird die Stadt Wuppertal eine SmartCity-Strategie entwerfen, dann jedoch in einem geringeren finanziellen Rahmen.

Zur Smart-City-Strategie strebt die Stadt Wuppertal eine umfangreiche Bürgerbeteiligung an. Geplant sind Round Tables und andere Formate. Diesbezüglich haben schon Veranstaltungen mit Bürger*innen und Verbänden stattgefunden, die auf den SmartCity-Prozess hinarbeiten. Im Jahr 2022 wird die Stadt verstärkt auf die Bürger*innen zugehen.

Für die Zukunft ist geplant, dass die interne Digitalisierungsstrategie und die externe SmartCity-Strategie bei der Fortschreibung zusammenfließen. Bislang war das aufgrund des Förderantrags nicht möglich.

Frau Reinbothe wünscht sich eine gemeinsame Strategie für Verwaltung und Stadt. Den Bürger*innen sollte transparenter kommuniziert werden, dass es momentan zwei verschiedene Strategien gibt. Sie lobt, dass im SmartCity-Prozess an eine Bürgerbeteiligung gedacht wird.

3 **Wie erreichen wir die, die wir nicht erreichen? – Erreichung neuer Zielgruppen (Werkzeugkasten)**

Isabelle Paul stellt sich als neue Referentin für Bürgerbeteiligung vor und gibt den Teilnehmenden einen Überblick in das Themenfeld „Erschließung neuer Zielgruppen“ für Beteiligungsprozesse.

Bei der Planung von Bürgerbeteiligungsverfahren muss die Zielgruppe, die man erreichen möchte, immer im Vordergrund stehen. Je nach Zielgruppe ändert sich die Herangehensweise/Methodik und der Veranstaltungsrahmen (Ort, Zeit). Bislang verweist die Partizipationsforschung darauf, dass vornehmlich Menschen über 50 Jahren mit einem akademischen oder hohen Bildungshintergrund beteiligt werden. Auch in der Engagementforschung gilt diese demografische Gruppe als besonders affin sich gesellschaftlich zu engagieren. Meist handelt es sich dabei um Männer, vornehmlich ohne Migrationshintergrund.

Bei Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass die gesamtstädtische Bevölkerung angesprochen und beteiligt wird. Das bedeutet explizit Gruppen anzusprechen, die bislang noch nicht hinreichend beteiligt werden. Dazu zählen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Menschen, die sich nicht in ihrer Freizeit engagieren oder in Vereinen tätig sind,
- Kinder und Jugendliche,
- Menschen, die in Vollzeit beschäftigt sind,
- junge Eltern,
- Menschen, die Angehörige pflegen,
- Menschen mit ärmerem sozio-ökonomischen Hintergrund,
- Menschen mit Migrationshintergrund und
- Menschen mit sprachlichen Beeinträchtigungen (Lese-/Sprachbarrieren).

Um diese Menschengruppen zukünftig besser zu erreichen, müssen sie zunächst als Zielgruppe für künftige Beteiligungsverfahren identifiziert werden. Je nach Themenfeld der Beteiligung kann (zumeist) eine Kategorisierung von Akteur*innen vorgenommen werden. Diese unterscheidet sich in

1. Schlüsselakteur*innen (direkt von Thema betroffen),
2. Primäre Akteur*innen (indirekt von Thema betroffen) und
3. Sekundäre Akteur*innen (kaum von Thema betroffen, aber trotzdem daran interessiert).

Bei der Konzeption von Beteiligungsverfahren müssen daher folgende Faktoren beachtet werden:

- Gibt es räumliche oder zeitliche Hindernisse? (Ort/Zeit)
- Nutzen wir die richtigen Kommunikationskanäle? (Ansprache)
- Ist das Setting so, dass auch weniger selbstbewusste Menschen es sich zutrauen, sich einzubringen? (Atmosphäre)
- Wie motivieren wir die Menschen zur Teilnahme?

Es muss einen Wandel im Denken von Beteiligter*innen geben. Neue Zielgruppen zu erreichen heißt den eigenen Horizont zu erweitern und kreativer als bisher an das Thema heranzugehen. Dafür braucht es Zeit, finanzielle Mittel und vor allem Mut, auch mal neue Verfahren auszuprobieren, ohne den Anspruch zu haben, dass sie perfekt werden.

4 Überarbeitung der Geschäftsordnung: Zusammensetzung des Beirats - Institutionen

Nina Kotissek leitet ein, dass bei der letzten Beiratssitzung offenblieb, welche Institution für die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in den Beirat nachrücken soll. Zur letzten Beiratssitzung wurden von den Mitgliedern drei unterschiedliche Vorschläge eingereicht: Seniorenbeirat, Jugendring und Klimanetzwerk.

Zum Klimanetzwerk: Bisher fungiert das Klimanetzwerk als loser Zusammenschluss und Austauschplattform. Es handelt sich (noch) nicht um eine institutionalisierte und legitimierte Institution, die für ihre Mitglieder sprechen kann. Um dem Wunsch des Beirats, das Thema Klimaschutz stärker im Beirat zu verankern, entgegenzukommen, schlägt das Team Bürgerbeteiligung vor, den Klimabeirat, der sich momentan in der Gründung befindet, im Beirat Bürgerbeteiligung zu berücksichtigen.

Das Team Bürgerbeteiligung schlägt vor, dass alle drei vorgeschlagenen Institutionen in den Beirat Bürgerbeteiligung gewählt werden. So können sehr unterschiedliche Menschen und Themenfelder im Beirat repräsentiert werden und Einfluss nehmen. Die endgültige Entscheidung darüber, wie viele und welche Institutionen in den Beirat gewählt werden, liegt beim Rat der Stadt Wuppertal, der Beirat spricht dafür eine Empfehlung an den Rat aus. Falls im Laufe der Ratsperiode weitere Institutionen aus dem Beirat zurücktreten sollten, sollen die Plätze nicht nachbesetzt werden.

Argumente gegen den Vorschlag des Teams Bürgerbeteiligung:

- Bedenken, dass einige stadtverwaltungs-nahe Organisationen im Beirat vertreten sind
- Es sollte auf die Parität zwischen den Gruppen (Parteien, Zivilgesellschaftliche Akteure, Bürger*innen) geachtet werden.
- Der Beirat könnte mit dem Zuwachs weiterer Institutionen weniger arbeitsfähig werden.
- Wenn der Beirat dem Stadtrat alle Institutionen vorschlägt und der Rat nicht gewillt ist, alle zu wählen, sucht er sich eine Institution aus – deshalb sollte der Beirat sich auf eine Institution einigen bzw. priorisieren.

Argumente für den Vorschlag des Teams Bürgerbeteiligung:

- Alle Institutionen agieren unabhängig von der Kommunalverwaltung.
- Die Vermischung von gesellschaftlichen Gruppen, nicht die genaue Besetzung nach Paritäten steht im Vordergrund.

-
- Da selten alle stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind, ist ein „zu großer“ Beirat keine Gefahr.
 - Pro Jugendring und Seniorenbeirat: Mit der Wahl würden zwei Menschengruppen beteiligt, die bislang vielfach noch nicht beteiligt werden.

Vereinbarung: Der Beirat beschließt

- 1., wie viele Institutionen dem Stadtrat vorgeschlagen werden,
- 2. (falls es mehr als eine ist), ob zwischen den Institutionen eine Priorisierung vorgenommen werden soll und
- 3. (falls eine Priorisierung vorgenommen werden soll) die Priorisierung.

Es sind 19 stimmberechtigte Mitglieder anwesend: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Abstimmungen:

- 1. Der Beirat schlägt dem Stadtrat drei Institutionen vor (11 Ja-Stimmen).
- 2. Der Beirat nimmt eine Priorisierung vor (11 Ja-Stimmen).
- 3. Die Priorisierung lautet:
 - Priorität A: Jugendring (8 Stimmen)
 - Priorität B: Seniorenbeirat (6 Stimmen)
 - Priorität C: Klimabeirat (3 Stimmen)

Das Team Bürgerbeteiligung bereitet eine Vorlage für die nächste Stadtratssitzung vor. Auch die Geschäftsordnung soll dementsprechend angepasst werden (der Beirat besteht aus 31 Mitgliedern, 14 Mitglieder werden von Institutionen entsandt).

6 Vorhabenliste und Vorhabenkarte

Die Vorhabenliste umfasst eine Übersicht aller städtischen Vorhaben, bei denen eine Bürgerbeteiligung geplant oder grundsätzlich möglich ist. Die Liste wird regelmäßig aktualisiert. Der Beschluss zur Vorhabenliste wurde im November 2017 durch den Stadtrat getroffen. Die einzelnen Vorhaben sind in der Liste mit Steckbriefen aufgeführt. Bürger*innen können jederzeit Vorhaben anregen und bis sechs Wochen nach Veröffentlichung der Vorhabenliste Beteiligungsverfahren zu Vorhaben anregen.

Die Bearbeitung und Aktualisierung der Vorhabenliste liegt beim Team Bürgerbeteiligung. In einem internen Prozess werden die Vorhaben in den Geschäftsbereichen abgefragt. Der Verwaltungsvorstand und die politischen Gremien müssen zustimmen. Veröffentlicht wird die Vorhabenliste digital auf der Plattform www.talbeteiligung.de und auf Anfrage auch als Druckversion. Aktuell befinden sich 26 Vorhaben auf der Vorhabenliste.

Kritisch anzumerken ist, dass der Prozess zur Erstellung der Vorhabenliste zu langwierig ist und sie von den Wuppertaler*innen kaum genutzt wird. Der Arbeitsaufwand ist enorm. Dem Anspruch auf Transparenz wird die Vorhabenliste nicht gerecht. Aufwand und Nutzen stehen in keinem guten Verhältnis.

Frau Kotissek stellt das neu entwickelte Konzept einer Vorhabenkarte vor, das die Vorhabenliste ersetzen soll.

Die Vorhabenkarte ist eine digitale Übersichtskarte über alle städtischen Vorhaben und Projekte, die „unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder das wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Wohl der Einwohner*innen nachhaltig berühren“ (§ 9 Abs. 1 Hauptsatzung Stadt Wuppertal). Sie wird in der Form einer TopicMap dargestellt (weitere TopicMaps siehe www.wuppertal.de/microsite/geoportal/global/topicmaps.php).

Gegenüber der Vorhabenliste sollen auf der Vorhabenkarte mehr Projekte dargestellt werden, sie werden häufiger aktualisiert, es gibt eine ansprechendere räumliche Visualisierung, die Vorhabenkarte ist leichter bedienbar und Interaktion ist u.a. über eine Filterfunktion möglich. Zudem findet auf der Vorhabenkarte keine Beschränkung auf Projekte mit Bürgerbeteiligung statt.

Allerdings werden die Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten der Vorhabenkarte gegenüber der Vorhabenliste unkomplizierter: Wuppertaler*innen können bei dem neuen Instrument jederzeit Vorhaben für die Karte vorschlagen oder Bürgerbeteiligungsverfahren für Vorhaben auf der Karte anregen. Der Beirat Bürgerbeteiligung spielt dabei die gleiche Rolle wie bei der Vorhabenliste: Alle Anregungen werden ihm zur Beratung vorgelegt und er kann Empfehlungen an die zuständigen Gremien aussprechen.

Die Vorhabenkarte wird weiterhin als Liste zu extrahieren sein, soll aber nicht mehr mit dem bisherigen Aufwand gestaltet und gedruckt werden (zumal die Druckversion nicht von den Bürger*innen angefragt wurde).

Der Beirat spricht sich für eine barrierefreie Gestaltung aus, die Karte soll auch für Sprachcomputer lesbar sein – das Team Bürgerbeteiligung sagt zu, dass Barrierefreiheit Teil der Auftragsvergabe sein soll. Die Beiratsmitglieder betonen, dass das neue Angebot nach der Einrichtung gut kommuniziert und ggf. mit anderen Anwendungen wie der Bliggit-App vernetzt werden muss.

Abstimmung: Der Beirat stimmt einstimmig dafür, dass das Team Bürgerbeteiligung an der Vorhabenkarte weiterarbeitet und eine entsprechende Beschlussvorlage in den Stadtrat einbringt.

Es gibt zwei Anregungen zur Vorhabenliste.

1. Anregung zum Mobilitätskonzept:

„Das Mobilitätskonzept setzt Rahmenbedingungen für die künftige Stadtentwicklung, die alle BürgerInnen betreffen. Das Bürgerbeteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Mobilitätskonzepts muss so konzipiert sein, dass es möglichst viele BürgerInnen anspricht und motiviert, sich daran zu beteiligen. Bei der weiteren Planung ist deshalb Punkt 1 der Leitlinien für Bürgerbeteiligung von besonderer Bedeutung: 'Bürgerbeteiligung in Wuppertal ist die Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in die Vorbereitung, Planung und Umsetzung von kommunalen Vorhaben und Projekten in der Stadt mit dem Ziel, diese gemeinsam zu gestalten.' Das bedeutet für das Vorhaben 'Erarbeitung eines Mobilitätskon-

zepts', dass die BürgerInnen frühzeitig zu einem offenen Ko-Kreationsprozess eingeladen werden, um gemeinsam mit Politik und Verwaltung das Design des Prozesses zu entwickeln sowie das Verfahren kooperativ zu planen und umzusetzen.“

Bereits im Jahr 2018 wurde der Ratsbeschluss für ein neues Mobilitätskonzept gefasst. Das Mobilitätskonzept ist ein strategischer Plan für die Zukunft, der alle Verkehrsträger gleichberechtigt berücksichtigt. Ziel ist die vermehrte Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel. Die Erstellung des Konzeptes inkl. Bürgerbeteiligungsverfahren wird durch ein externes Büro erfolgen, welches gerade durch die Stadt beauftragt wird.

Das Team Bürgerbeteiligung schlägt vor, die zuständige Kollegin aus dem Ressort Straßen und Verkehr sowie das beauftragte Planungsbüro zur Beiratssitzung am 18. November einzuladen, um dem Beirat die Planungen vorzustellen und Mitsprachemöglichkeiten zu geben. Der Beirat stimmt diesem Vorgehen zu.

2. Anregung zum Karlsplatz:

„Der momentane Zustand des Platzes ist desolat. Er bietet sowohl den Bürgern wie auch Besuchern der Stadt keinerlei Mehrwert. Er ist zu einem „rund um die Uhr“ Aufenthaltsort für Alkoholiker und lautstarke Treffen geworden. Seit dem Kahlschlag an der Begrünung des Platzes sind nicht nur diese Zustände deutlich schlimmer geworden, sondern der Platz sieht jetzt auch noch richtig trostlos aus.“

Die Anregung ist erst kurzfristig eingegangen. Das Team Bürgerbeteiligung schlägt deshalb vor, sich im zuständigen Fachressort Stadtentwicklung und Städtebau schlauzumachen und dem Beirat in der nächsten Sitzung einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen. Der Beirat stimmt zu.

7

Aktuelle Beteiligungsverfahren

Der TOP fiel aus zeitlichen Gründen aus, deshalb ein schriftlicher Bericht:

1. Bürgerbudget

Das Team Bürgerbeteiligung prüft aktuell die letzten 35 Ideen, die den Gemeinwohlcheck erfolgreich durchlaufen haben. Die Wahlparty am 1. September läutet die letzte Abstimmungsphase ein, die bis zum 22. September dauern wird.

2. Beteiligung an der Umgestaltung des Deweerth'schen Gartens

Die Ideensammlung zur Umgestaltung des Deweerth'schen Gartens ist abgeschlossen. Auf der Plattform www.talbeteiligung.de wurden über ein sogenanntes Crowd Mapping, eine interaktive digitale Karte, Ideen und Anregungen der Wuppertaler*innen für die Umgestaltung gesammelt. Ebenso konnten Parkbesucher*innen Postkarten ausfüllen und in einen im Park aufgestellten Briefkasten einwerfen. Die Bilanz: 105 online eingereichte Ideen, 62 ausgefüllte Postkarten sowie zahlreiche Briefe und E-Mails.

Die Anregungen werden aktuell vom Ressort Grünflächen und Forsten ausgewertet, dann werden erste Umsetzungsentwürfe erstellt. Im Herbst werden diese im Rahmen einer Veranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert und zur Diskussion gestellt.

3. Beteiligung am Nahverkehrsplan

Die Beteiligung am Nahverkehrsplan ist zweigeteilt. Aufgrund rechtlicher Fristen ist das Thema „Barrierefreier ÖPNV“ vorgezogen worden. Die Beteiligung hat im Juni stattgefunden. Es wurden zum einen Betroffenengruppen wie der Beirat der Menschen mit Behinderungen eingebunden, zum anderen fand eine offene Ideensammlung über die Plattform www.talbeteiligung.de statt. Außerdem hatten interessierte Wuppertaler*innen bei einer digitalen Veranstaltung die Möglichkeit, sich mit den Gutachtern und den städtischen Planer*innen auszutauschen. Die eingegangenen Anregungen wurden vom Gutachter ausgewertet und in das Konzept übernommen.

8 Termine

Am 01. September 2021 findet um 18 Uhr die digitale Wahlparty des Bürgerbudgets statt. Darauf folgt die letzte Abstimmungsphase vom 01. – 22. September.

Nächste Beiratssitzungen:

23.09.2021, 18 Uhr

18.11.2021, 18 Uhr

9 Verschiedenes

Herr Ludwig fragt, ob zum autofreien Laurentiusplatz eine Bürgerbeteiligung durchgeführt wird. Der Beirat erteilt dem Team Bürgerbeteiligung den Auftrag, auf die BV Elberfeld zuzugehen und Unterstützung bei einer möglichen Bürgerbeteiligung anzubieten.

Nina Kotissek schließt die Sitzung um 20.40 Uhr.